

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/13049 –**

### **Lage der Porzellanindustrie in Oberfranken**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Firma Rosenthal AG in Oberfranken, ein „Flaggschiff“ der deutschen Porzellanindustrie, hat Insolvenz angemeldet. Der Vorgang ist ein sichtbares Zeichen für tief greifende Umstrukturierungen in der feinkeramischen Industrie, insbesondere der Porzellanindustrie.

Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise, im Konsumverhalten und in den internationalen Handelsbeziehungen haben die Porzellanindustrie schwer getroffen. Das aktuelle Ereignis steht für einen jahrzehntelangen Prozess, in dessen Ergebnis tausende Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und betroffene Regionen wirtschaftlich abgehängt wurden. In diesem Zusammenhang ist in Bayern gelegentlich die Rede davon, dass der Abbau von Produktionskapazitäten in Oberfranken auf wachsenden Marktanteilen ostdeutscher Porzellanunternehmen seit 1990 gründet. Andererseits gibt es Hinweise darauf, dass der Niedergang der bayerischen Porzellanindustrie schon Jahre vor der Vereinigung begann.

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die durch die Insolvenz akut betroffene Firma Rosenthal AG zu unterstützen, und die Arbeitsplätze in dem Traditionsunternehmen zu erhalten?

Die Insolvenz der Rosenthal AG wurde ausgelöst durch den Insolvenzfall der britisch-irischen Muttergesellschaft. Die Rosenthal AG hat damit die Möglichkeit, sich neu zu strukturieren und mit einem Investor das Unternehmen fortzuführen. Dieser Prozess ist im Gange; der Rosenthal AG stehen dabei das für diese Fälle vorgesehene Instrumentarium der Länder und gegebenenfalls des Bundes (z. B. Bürgschaften) offen.

2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die verbliebene Porzellanindustrie, einen langsamen, sozial verträglichen Strukturwandel in der Branche zu unterstützen?

Zur Unterstützung des Strukturwandels stehen der Branche die allgemeinen regionalpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien zur Verfügung.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der deutschen feinkeramischen Industrie, und speziell der Porzellanindustrie?

Die deutsche feinkeramische Industrie hat eine fortlaufenden Strukturanpassungsprozess über die letzten 40 Jahre durchlaufen. Dabei spielten Änderungen der Nachfragestruktur und Wettbewerbsfähigkeit der feinkeramischen Industrie eine große Rolle. Durch die Öffnung der europäischen Märkte für die feinkeramischen Produkte u. a. aus China haben sich die Wettbewerbsbedingungen deutlich verschärft.

Produktionsverlagerungen ins Ausland spielen bei der überwiegend mittelständisch strukturierten feinkeramischen Industrie bisher keine große Rolle. Die notwendige Mischkalkulation wird durch Zukäufe feinkeramischer Erzeugnisse ausländischer Fertigung erreicht. Mit Produktinnovationen und durch Modernisierungen der Produktionsprozesse reagiert die Branche auf geänderte Wettbewerbssituationen. Die Zahl der Betriebe ist zwar zurückgegangen (von 421 in 1970 auf 156 in 2008) und die Zahl der Beschäftigten auch (von 95 375 in 1970 auf 29 616 in 2008; Quelle: Statistisches (Sat.) Bundesamt, der Umsatz der feinkeramischen Industrie hat sich jedoch seit 1970 durchgängig erhöht (von knapp 1,7 Mrd. Euro in 1970 auf über 4,3 Mrd. Euro in 2008).

Die feinkeramische Industrie ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht unbeeinflusst gewesen; im Jahr 2008 verringerte sich der Umsatz geringfügig um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, die Produktion musste einen Rückgang in Höhe von drei Prozent hinnehmen. Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten um 3,5 Prozent. Auch im Außenhandel gab es einen Rückgang in Höhe von rund einem Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bei gleichzeitigem Nachlassen des Imports um fast vier Prozent.

Im April 2009 ist der ifo-Geschäftsklimaindex für Keramik unverändert geblieben. Die Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage zwar ungünstiger, die Entwicklung der Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate jedoch günstiger als im Vormonat.

Die Porzellanindustrie ist ein Teilbereich der feinkeramischen Industrie. Die feinkeramische Industrie umfasst grundsätzlich alle keramischen Produkte einschließlich Wand- und Badfliesen jedoch ohne Ziegelei und Baukeramik. Die Porzellanindustrie dagegen umfasst „nur“ die Herstellung von Haushaltswaren und Ziergegenständen aus Keramik. Daten für diesen Teilbereich liegen erst seit 2000 vor. Hier zeigt sich ein Abfallen der Umsätze bis etwa zum Jahr 2006. Von diesem Zeitraum steigen die Umsätze wieder an und dies selbst in der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008.

Die Exportquote ist in diesem Teilbereich der Industrie von 37,5 Prozent auf 45,4 Prozent gestiegen. Dies zeigt, dass die deutsche Porzellanindustrie im internationalen Maßstab an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hat. Allerdings hat sich hier die Zahl der Beschäftigten seit 2000 in etwa halbiert (von 14 456 in 2000 auf 7 378 in 2008). Die Zahl der Betriebe ist von 80 auf 33 gesunken. Damit hat die deutsche Porzellanindustrie richtig auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen reagiert. Sie hat konsolidiert, ihre Effizienz gesteigert und Beschäftigung abgebaut, um diejenigen Arbeitsplätze zu erhalten, die in Deutschland noch rentabel sind.

4. Welcher Prozess lässt sich seit 1980 nachzeichnen, und wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung?

Seit 1980 hat sich die Zahl der Betriebe von 293 auf 156 reduziert. Gleichzeitig ist die Beschäftigung von 70 000 auf ca. 30 000 im vergangenen Jahr zurück gegangen. Der Umsatzvergleich im gleichen Zeitraum zeigt einen Anstieg von 3,066 Mrd. Euro im Jahr 1980 auf 4,375 Mrd. Euro im Jahr 2008. Der Auslandsumsätze sind von 1,054 Mrd. Euro auf 2,276 Mrd. Euro gestiegen und die Exportquote von 34,4 Prozent auf 52 Prozent. Auch die Produktion ist von 1,9 Mrd. Euro auf 3,7 Mrd. Euro gestiegen. Der Ausfuhrüberschuss, der 1980 nicht existent war, hat sich auf mehr als eine Mrd. Euro entwickelt. Auch dies zeigt, dass die deutsche feinkeramische Industrie auch im internationalen Kontext wettbewerbsfähig ist.

Zur Entwicklung des Teilbereichs der Porzellanindustrie wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Arbeitsplätze und der Ausbildungsplätze im Bereich der deutschen feinkeramischen Industrie, und speziell in der Porzellanindustrie?

Welcher Prozess lässt sich seit 1980 nachzeichnen, und wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebotes?

Die Entwicklung der Arbeitsplätze wurde in der Antwort zu Frage 4 bereits dargelegt. Der Strukturanpassungsprozess in der feinkeramischen Industrie und der Porzellanindustrie wird nicht stehen bleiben. Die Industrie hat gezeigt, dass sie den Strukturwandel bewältigen kann. Die weitere Entwicklung wird von der Nachfragesituation für die verschiedenen Sparten der feinkeramischen Industrie abhängen und von den möglichen technischen Fortschritten. Die Bundesregierung zweifelt nicht, dass dieser Prozess von der Industrie und den dort beschäftigten Mitarbeitern erfolgreich bewältigt wird.

6. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung seit 1990 in der regionalen Verteilung der Produktionsstandorte und des Produktionsumfangs der deutschen Porzellanindustrie messbare Veränderungen?

Wenn ja, wie haben sich diese Veränderungen entwickelt?

Die Branche ist regional stark konzentriert. Über die Hälfte der Beschäftigten und der bedeutenden Unternehmen haben ihren Sitz in Bayern (Oberfranken/Oberpfalz). Veränderungen der regionalen Verteilung von Sektoren geht die Bundesregierung nicht nach. Die Regionalpolitik ist nicht an Sektoren orientiert.

7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahrzehnten der Import von Porzellan entwickelt?

Wie schlüsselt sich diese Entwicklung seit 1980 bis heute auf (Angaben bitte nach Jahren)?

Die Einfuhren von feinkeramischen Produkten haben sich seit 1980 wie folgt entwickelt:

– 1980	793,1 Mio. Euro
– 1990	1 127,2 Mio. Euro
– 2000	1 972,0 Mio. Euro
– 2006	2 729,0 Mio. Euro
– 2007	2 948,9 Mio. Euro
– 2008	2 922,2 Mio. Euro

Seit 2000 ist der Import von Porzellan (also der engere Teil der feinkeramischen Industrie) relativ konstant geblieben. Das Bild für die Wettbewerbsfähigkeit der Porzellanindustrie wäre unvollständig, würde man nicht auch die Exporte betrachten. Die deutsche Porzellanindustrie hat sich hier von Nettoimporteur zum Nettoexporteur gewandelt. Im Einzelnen sieht das Bild wie folgt aus:

	Export	Import	Nettoposition
– 2000	471,9 Mio. Euro	482,3 Mio. Euro	–10,4 Mio. Euro
– 2001	452,9 Mio. Euro	475,3 Mio. Euro	–22,4 Mio. Euro
– 2002	465,8 Mio. Euro	399,9 Mio. Euro	65,9 Mio. Euro
– 2003	442,0 Mio. Euro	405,0 Mio. Euro	37,0 Mio. Euro
– 2004	431,1 Mio. Euro	389,5 Mio. Euro	41,6 Mio. Euro
– 2005	416,5 Mio. Euro	414,7 Mio. Euro	1,8 Mio. Euro
– 2006	439,5 Mio. Euro	379,1 Mio. Euro	60,4 Mio. Euro
– 2007	493,5 Mio. Euro	418,6 Mio. Euro	74,9 Mio. Euro
– 2008	469,1 Mio. Euro	421,3 Mio. Euro	47,8 Mio. Euro

8. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen Jahrzehnten bei Porzellan der Exportanteil an den Umsätzen der deutschen Unternehmen entwickelt?

Wie schlüsselt sich diese Entwicklung seit 1980 bis heute auf (Angaben bitte nach Jahren)?

Die Exportquote der feinkeramischen Industrie, berechnet am Auslandsumsatz im Vergleich zum Gesamtumsatz belief sich

- im Jahr 1980 auf 34,4 Prozent
- im Jahr 1990 auf 38,5 Prozent
- im Jahr 2000 auf 40,6 Prozent
- im Jahr 2006 auf 49,3 Prozent
- im Jahr 2007 auf 51,7 Prozent und
- im Jahr 2008 auf 52 Prozent

Die Exportquote der Porzellanindustrie sieht wie folgt aus:

- 2000 37,5 Prozent
- 2001 37,4 Prozent
- 2002 41,0 Prozent
- 2003 41,5 Prozent
- 2004 41,0 Prozent
- 2005 41,5 Prozent
- 2006 43,4 Prozent
- 2007 45,5 Prozent
- 2008 45,4 Prozent

9. Sieht die Bundesregierung auf dem Weltmarkt Wettbewerbsverzerrungen durch Umwelt-, Menschenrechts-, Währungs- und Sozialdumping in der Porzellanindustrie, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um diesen Wettbewerbsverzerrungen entgegenzutreten?

Die Produktionsbedingungen in den verschiedenen Regionen der Welt unterliegen durchaus unterschiedlichen Bewertungen. Die Importwirtschaft organisiert sich deshalb z. B. in der so genannten Business Social Compliance Initiative (BSCI), um mit Verhaltenskodizes dem Vorwurf, sie ließen unter Verletzungen von Sozialstandards oder Umweltstandards ihre Produkte herstellen, zu begegnen. Die Bundesregierung unterstützt diese Entwicklung und Überwachung von Standards der importierenden Wirtschaft. Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen multilateraler und bilateraler internationaler Abkommen für die verpflichtende Vereinbarung von Normen der Umwelt- und Sozialpolitik ein.

Sie sieht derzeit keine Situation, die sie berechtigen würde, in Lieferländern ein „Währungsdumping“ zu unterstellen. Für das „dumpende“ Land würde das bedeuten, dass sich deren Importe durch die Abwertung seiner Währung erheblich verteuern würden. Die terms of trade und damit das für den inländischen Konsum zur Verfügung stehende Gütervolumen würden sich damit mutwillig verschlechtern. Hieran kann kein Land ein Interesse haben.





